Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 33

Vorwort: Strom und Spannung im Comecon

Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER KLARE BLICK

A. Z. Bern 1

Beiträge zur Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Diktatur

4. Jahrgang, Nr. 33 | BERN, 21. August 1963 | Erscheint wöchentlich

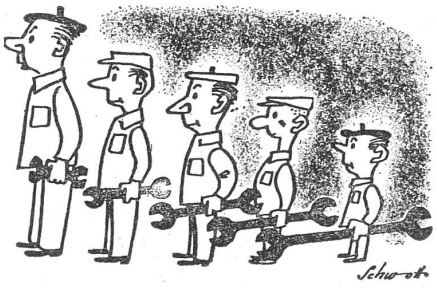
Strom und Spannung im Comecon

Die Wirtschaftsorganisation des europäischen Ostblocks hat eine akute Krise überstanden und bereitet sich auf eine weitere Aufbauperiode vor. Gleichzeitig aber vermehren sich die Unstimmigkeiten zwischen den einzelnen Staaten, und eine latente Krise scheint einzutreten, die auch — aber nicht nur — Wachstumskrise ist.

Die Wirtschaftsorganisation des Ostblocks ist der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) oder Comecon, der die europäischen Volksdemokratien und seit dem letzten Jahr noch die Mongolei umfasst. Er setzt sich zum Ziel, Planung und Produktion der Mitgliedstaaten zu koordinieren, um einen einheitlichen und rationellen Wirtschaftsraum zu schaffen. Dazu braucht es Arbeitsteilung und Spezialisierung unter den verschiedenen Produktionszweigen und unter den verschiedenen Staaten.

Die akute Krise betraf Rumänien, das sein eigenes Industrialisierungsprogramm im Rahmen der RGW-Arbeitsteilung als benachteiligt ansah. Unter anderem sollte dem Land die völlig unrentable Traktorindustrie (die Anlagen mussten ursprünglich dem Bau eigener Panzer dienen und wurden nachher umgestellt) genommen werden, was das nationale Prestige nicht ertrug. So kam es zu Differenzen mit den übrigen Comecon-Mitgliedern, zu Beanstandungen und Kritiken, zum Hervorheben der landeseigenen Interessen. Eine Krise schien sich anzubahnen.

Sie konnte beigelegt werden. Vom 24. bis 26. Juli tagten in Moskau die Partei- und Regierungschefs der RGW-Staaten. Rumänien, dem sowjetische Hilfe zum Bau von Maschinenindustrie zugesichert wurde, unterzeichnete das gemeinsame Communiqué und erklärte sich später in der Landespresse mit den Zielen des Rates völlig einverstanden. Die RGW-Tagung konnte darüber hinaus in der Koordinierung (Strom und übrige Energie, Verkehr, Vereinheitlichung von Produktionsnormen) beträchtliche Fortschritte verzeichnen und ging daran, die Pläne der einzelnen Staaten für die Periode 1966 bis 1970 abzustimmen. Für die gleiche Periode folgt auch eine Angleichung der jugoslawischen Planung, was auf eine praktische Ausweitung des Comecon-Rahmens hinauslaufen dürfte.



«Arbeitsteilung im Comecon». («Ludas Matyi», Budapest.)

Aber trotz und zum Teil im Zusammenhang mit diesem Aufbau haben sich die Unstimmigkeiten zwischen den Partnern vermehrt. Zweifel bestehen schon an der «Bekehrung» Rumäniens — und zwar anscheinend in erster Linie sowjetische Zweifel, Jedenfalls wurden vor anderthalb Wochen, wie sich aus in Wien gesammelten Augenzeugenberichten ergibt, grössere sowjetische Truppenverbände (Infanterie und leichte Artillerie) über Ungarn nach Rumänien transportiert. Das militärische Unternehmen lässt darauf schliessen, dass Moskau seinen Satelliten keineswegs als sicher betrachtet. Und das Truppenargument dürfte zur friedfertigen rumänischen Stellungnahme ebenfalls beigetragen haben.

Daneben hat Moskau aber immer mehr mit Sonderansprüchen der Volksdemokratien zu rechnen. Bulgarien ist es müde, tschechoslowakische Entwicklungshilfe mitzuzahlen, in Ungarn werden Kritiken an Fehlinvestitionen laut, die sowjetischen Ursprungs waren, Polen will seinen Westhandel erweitern, und der Mustersatellit CSSR hat kürzlich die mangelhafte Lieferung von Mähdreschern kritisiert, deren angeführte Typenbezeichnung die sowjetische Fabrikation erkennen lassen. Sogar in Ostdeutschland sehen sich die Zeitungen veranlasst, ausführlich zu begründen, warum die teuer aufgebaute Flugzeugindustrie fallen gelassen werden musste.

Jetzt, da der Comecon-Kuchen gebacken wird, zeigt sich das Bestreben aller viel deutlicher, sich die einzelnen Stücke auf Kosten der andern zu reservieren. Die Tschechoslowakei, die infolge ihrer starken und differenzierten Industrialisierung eine gute Ausgangsposition einnehmen sollte, will rasche Verbindlichkeit der Spezialisierung und natürlich Verwirklichung im eigenen Land. Zu den Ansprüchen, die mehr oder weniger deutlich erhoben werden (so im slowakischen Gewerkschaftsorgan «Praca») gehört die Konzentration der Ostblock-Autoindustrie auf die CSSR, offensichtlich nicht nur auf Kosten der SBZ und Polens, sondern auch der Sowjetunion, die ihre Moskwitschs natürlich niemals fahren lassen will, wenigstens nicht in diesem Sinne.

Es ist deshalb kein Wunder, wenn die Bestrebungen, den «Empfehlungen» der RGW bindende Kraft zu geben, noch kein Erfolg beschieden war. Das Traktandum stand wohl auf der Liste der Moskauer Beratung vom letzten Monat, musste aber verschoben werden.

Laut einer Erklärung des sowjetzonalen Akademiemitglieds Professor Kurt Thinius haben «mehrere Mitglieder» Einsprüche gegen diesen Plan erhoben.

Das sind Schwierigkeiten, könnte man meinen, die als Mitfolge des Wachstums oder des organisatorischen Aufbaus zu betrachten wären. Aber es ist nicht zu vergessen, dass die Wirtschaft im Ostblock politischen Ueberlegungen untergeordnet ist, und die Politik ist es auch, die bei allen kritischen Erscheinungen entscheidend mitspielt. Schon bei der Mitgliedschaft der Organisation ist das ersichtlich. Ist Albanien nach seinem politischen Bruch mit dem Moskauer Block überhaupt noch dabei? Die Sowjetunion hatte letztes Jahr den Austritt Tiranas gemeldet. Aber Albanien dementierte das. Und weil die Statuten die Möglichkeit eines Ausschlusses gar nicht vorsehen (zur Zeit der Gründung schien Unbotmässigkeit noch ausser Betracht zu fallen), bleibt die Sache unentschieden: rechtlich Mitglied, praktisch nicht dabei.

In der Auseinandersetzung Moskaus und Pekings spielt der Comecon seine ganz erhebliche Rolle. China hat in seinen 25 Punkten vom 14. Juni den Rat als chauvinistische Organisation und als Machtinstrument Moskaus ausdrücklich angegriffen. Nur auf Grund dieser Auseinandersetzung konnte Rumänien diesen Frühling seinen offensichtlichen wirtschaftlichen Erpressungsversuch gegenüber den andern Staaten überhaupt anreissen. Und bei allen Sonderwünschen anderer Staaten wird die chinesische Weltpräsenz immer ihr Gewicht haben. Noch deutlicher wird sich der Konflikt auf die Aussenbeziehungen des Comecons niederschlagen, besonders in den Entwicklungsstaaten, wo der Comecon als europäische Organisation (die Aufnahme der Mongolei war ein rein politischer Schachzug und macht das Fehlen der andern asiatischen kommunistischen Staaten erst recht augenfällig) sich nicht als Vertreter der kommunistischen Wirtschaft gebärden kann. Peking kann hier mit dem Hinweis auf den europäischen Chauvinismus des RGW seine Auswirkung ganz erheblich stören.

Christian Brugger

IN DIESER NUMMER:

Etwas bessere Ernte im Ostblock

«Prawda» schlägt zurück: China wird den Imperialisten gleichgestellt

Doppelter Druckpunkt in der SBZ